

hältnisse zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft künftig geordnet? Was soll der entscheidende Inhalt eines *New Deal* sein, wie er gegenwärtig debattiert wird? Geht seine Präsidentschaft über ein keynesianisches *Bretton Woods II* hinaus? Wie lassen sich die zerbrochenen Mechanismen reparieren, die mithelfen, Transparenz, Steuerung und Kontrolle über die Exzesse des Finanzkapitals zu erneuern? Welche Konsequenzen zieht Obama aus der Tatsache, dass die Grenzen der verbliebenen Supermacht in den sich beschleunigenden Globalisierungsprozessen enger geworden sind? Wie können die sich verstärkenden Widersprüche zwischen dem Streben nach globaler Ordnung und der auseinanderfallenden Reichtumsentwicklung – national

wie transnational – in erträglichen Balancen eingehegt werden? Wird es Obama gelingen, auf lange Dauer anzulegende Reformen im eigenen Land und global durchzusetzen?

Im Wahlkampf hat er eine wachsende Zahl von Menschen ermutigt, von unten aus der Gesellschaft heraus, das Politische für sich selbst zu entdecken. Noch ist dieser Aufbruch fragmentiert. Noch haben soziale Bewegungen sich nicht erneuert. Und doch: Hoffen könnte sich in Handeln verwandeln. Denn das ist der Kern einer realistischen Linken: Verantwortung übernehmen, damit die Freiheit der Einzelnen sich einsetzt für ein Mehr an Gerechtigkeit. Mit Obama fängt etwas unerhört Neues an.

Martin Kämpchen

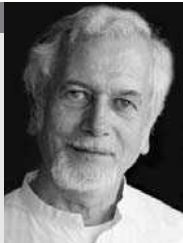
Indiens Blick auf den »globalen Amerikaner«

Fasziniert schaute Indien auf den amerikanischen Wahlkampf. Seit Januar verging kein Tag, an dem nicht in den nationalen Tageszeitungen und in den Fernsehnachrichten wenigstens eine Neuigkeit über Clinton, Obama oder McCain veröffentlicht wurde. In der Presse waren es meist Agenturberichte oder Übernahmen von großen amerikanischen und britischen Zeitungen, denn einen eigenen Korrespondenten in Washington können sich nur wenige indische Zeitungen leisten. Aber dazu kamen ausführliche, meinungsstarke Editorials und Stimmungsberichte indischer Journalisten. Woher stammt diese Faszination?

Martin Kämpchen

(* 1948) arbeitet als freier Schriftsteller, Übersetzer, Herausgeber und Journalist in Indien.

M.Kaempchen@gmx.de



mentwahl statt, die wegen ihres schieren Ausmaßes und ihres enormen organisatorischen Aufwands höchst beeindruckend ist. Doch besteht wenig innerparteiliche Demokratie und Auseinandersetzung. In Amerika dagegen wird innerparteiliche Demokratie monatelang vor den Augen der Welt vorgeführt. Die Kandidaten wagen es, sich ihre Schwächen und Fehler vorzuhalten. Niemand verbietet ihnen den Mund aus Gründen der »Parteidisziplin«. Es geht mehr um den besten Kandidaten und um die Lösung von Problemen als um andere strategische Erwägungen. Die indi-

Indien nennt sich zwar mit Stolz die »größte Demokratie der Welt«, doch ist sich jeder gebildete Inder – oft uneingestanden – der Defizite seiner Demokratie bewusst. Alle fünf Jahre findet zwar eine Parla-

sche Öffentlichkeit weiß, dass indische Kandidaten nicht nur nach ihren Meriten ausgewählt werden. Eine wesentliche Rolle spielen ihre Kaste und Unterkaste, ihre Muttersprache, Familie und Religion. Das Wahlvolk möchte von einem der Ihren vertreten werden. Deshalb sind Mehrheiten und Minderheiten in einem Wahlbezirk von ausschlaggebender Bedeutung. In den Vereinigten Staaten dagegen schafft es ein Afro-Amerikaner, dessen Familie keinerlei Machtstellung besitzt, in die erste Reihe amerikanischer Politiker vorzudringen. Er repräsentiert keineswegs nur die afro-amerikanische Minderheit, sondern er zeigt sich dazu fähig, das gesamte Volk zu repräsentieren.

Dass eine Frau die Nation leitet, wäre im Kontext des indischen Subkontinents keine Neuigkeit gewesen. In Indien war es Indira Gandhi, in Pakistan Benazir Bhutto, die das Land regiert haben. Ebenso waren in Bangladesch und Sri Lanka früher Frauen an der Macht. Hillary Clinton als Präsidentin war darum keine ungewöhn-

liche Vorstellung, zumal sie – wie sämtliche Regentinnen im indischen Subkontinent – zunächst im Schatten eines Mannes gestanden hat. Indira Gandhi wie auch Benazir Bhutto waren durch ihre Väter in Machtpositionen aufgestiegen.

Sympathisch wirkt auf indische Beobachter die Betonung der Familie. Die Kinder und Ehefrauen der Wahlkämpfer zeigen sich, kämpfen mit und spielen zusammen glückliche Familie. Das so familienfreundliche, Familienwerte lobpreisende Indien wagt es jedoch selten, mit Ehepartner und Kindern in den Wahlkampf zu ziehen. Familie kann so viel Öffentlichkeit offenbar nicht ertragen, es sei denn, ein Familienmitglied soll auch zum Politiker herangezogen werden, wie Rahul Gandhi, der Sohn von Sonia Gandhi, der Präsidentin der *Congress-Partei*. Viele der bedeutendsten indischen Politiker sind sogar alleinstehend. Der letzte Premierminister, Atal Behari Vajpayee, wie der letzte Präsident, Abdul Kalam, waren Junggesellen. Sonia Gandhi ist verwitwet. Eine

Reihe mächtiger Regionalpolitiker haben nie geheiratet. Dem Zölibat hängt auch bei politischen Personen eine guruhafte Aura von Macht und Herrschaftsanspruch an.

Barack Obama hatte die indische Öffentlichkeit für sich gewonnen, als er Ende März seine jetzt schon als historisch geltende Rede zum amerikanischen Rassenkonflikt hielt. Seine Offenheit und Differenziertheit, sein Mut, Risiken einzugehen, wurde in zahlreichen Editorials bewundert. So schrieb Barkha Dutt wehmütig in der *Hindustan Times*: »Wann werden wir je unseren eigenen Obama bekommen? Was Rasse für die Amerikaner ist, ist Religion und Kaste für Indien. Doch der politische Diskurs in unserem Land ist immer in Polaritäten gedrängt worden. Wir waren entwe-

der religionsbewusst oder säkular, liberal oder konservativ, kapitalistisch oder kommunistisch, kastenstolz oder egalitär. Unsere Antworten auf politische Debatten über Kaste und Religion sind entweder zu platt und politisch korrekt oder schrecklich vorurteilsvoll und bigott.«

In unseren vom Fernsehen dominierten Gesellschaften, der amerikanischen wie auch der indisch-urbanen, sind Qualitäten wie Eloquenz, Charisma, Charme unwägbare wichtige Instrumente für einen Wahlsieg. Obamas Hautfarbe ist für Fernsehzuschauer in den Ländern der Dritten Welt das unübersehbare Signal, dass seine Lebensgeschichte Kenia und Indonesien, also Afrika und Asien, mit einbezieht, dass ein »globaler Amerikaner« Präsident wird.

Karsten Rudolph

Am Krankenbett des Kapitalismus

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Die Krise des Finanzmarktes macht es möglich: Aus dem Hamburger Grundsatprogramm der SPD ist in weiten Teilen ein Aktionsprogramm geworden. »Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten«, so heißt es dort, »können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler Ebene an.« Und weiter: »Märkte bedürfen der politischen Gestaltung...« Geschrieben wurden diese Sätze vor dem Hintergrund einer langen politischen Erfah-

rung mit den Krisenerscheinungen des Kapitalismus. Dass die historische Finanz- und Wirtschaftskrise, in der die Welt inzwischen steckt, schon bald nach der Verabschiedung des neuen Grundsatprogramms am 28. Oktober 2007 virulent werden würde und grundsätzliche politische Erwägungen gleichsam über Nacht tagespolitisch aktuell werden könnten, dies hat keiner der Delegierten, die dem Programm zustimmen, präzise voraussehen können.

Die Erfahrungen

Schon einmal hat eine Weltwirtschaftskrise die deutsche Sozialdemokratie auf dem falschen Fuß erwischt. Der Autor des 1910 erschienenen *Finanzkapitals* und nach dem New Yorker Börsencrash 1929 aus dem Amt des Reichsfinanzministers gedrängte Ökonom Rudolf Hilferding, dia-